



Ralf Zimmer-Hegmann

Die Soziale Stadt weiterdenken



Der mehrheitliche Beschluss des Bundestages das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ für das Haushaltsjahr 2011 auf weniger als ein Drittel der bisherigen Fördersumme zu kürzen, ist ein in mehrfacher Hinsicht einschneidendes Ereignis. Drei Dinge scheinen besonders bedeutsam. Erstens: Der Beschluss führt dazu, dass die bislang sehr erfolgreichen Ansätze der integrierten Stadtteilerneuerung in bundesweit über 500 Programmgebieten in ihrer Weiterführung akut gefährdet sind. Den Initiatoren dieses Kürzungsbeschlusses muss unterstellt werden, dass sie damit ganz bewusst die Zerschlagung bislang erfolgreicher Arbeitsstrukturen betreiben oder zumindest billigend in Kauf nehmen und die hinter diesem Programm liegende Absicht und „Philosophie“ grundsätzlich in Frage stellen.

Der integrierte Ansatz der Kombination von investiven und so genannten nicht-investiven Fördermitteln ist offenbar nicht gewollt oder nicht verstanden worden. Und das, obwohl sich die Bundesregierung 2007 mit der Leipzig-Charta europaweit auf diesen umfassenden „integrierten Ansatz“ in der Stadtentwicklung selbst verpflichtet hat. Ein Indiz dafür, dass es sich hierbei nicht nur um einen einmaligen „Betriebsunfall“, sondern um einen Generalangriff auf diesen Programmansatz handelt, ist der mit der Kürzung verbundene Beschluss die Finanzierung von nicht-investiven Maßnahmen ausdrücklich auszuschließen.

Zweitens: Der Beschluss muss darüber hinaus als ein eindeutiger Misstrauensbeweis gegen Länder und Kommunen verstanden werden. Ihnen wird mit dem Kürzungsbeschluss ausdrücklich untersagt, flexibel mit den unterschiedlichen Programmen der Städtebauförderung umzugehen und Programmansätze entsprechend den Bedarfen vor Ort und wie sie im Baugesetzbuch verankert sind (§ 171 e BauGB) umzuschichten. Für das Programm „Soziale Stadt“ hat der Haushaltsgesetzgeber diese bislang übliche Praxis ausdrücklich ausgeschlossen.

Drittens: Schwerwiegend ist aber insbesondere die mit dem Beschluss verbundene Missachtung gegenüber den sozialen Problemlagen unserer Gesellschaft. Betroffenen in den benachteiligten Stadtteilen bzw. Quartieren und der gesamten Öffentlichkeit wird signalisiert, dass das „Soziale“ in der Politik nicht gewünscht wird. Das Programm war ja bislang bewusster Ausdruck einer – zwar begrenzten, aber dennoch teilweise wirksamen – sozialen Ausgleichspolitik gegenüber benachteiligten Gebieten in den Städten mit hoher Symbolkraft. Es richtete bewusst den Blick auf die bislang vernachlässigten Gebiete und signalisierte den Betroffenen: „Wir lassen Euch mit euren Problemen nicht alleine.“ Der Kürzungsbeschluss ist nichts anderes als das politisch und symbolisch gewollte Ignorieren dieser Probleme.

Soweit die einleitenden Befunde und Bewertungen über die Konsequenzen dieses Kürzungsbeschlusses. Im Folgenden möchte ich argumentieren, dass mit diesem Beschluss trotz seiner fatalen Auswirkungen auch Chancen verbunden sein können, das Thema „Soziale Stadt“ in einem umfassenderen Sinne weiter zu denken und weiter zu entwickeln. Dazu zunächst Fakten zur sozialen Realität in Deutschland, die deutlich machen, dass weiter dringender Handlungsbedarf besteht.

Soziale Ungleichheit und sozialräumliche Ausgrenzung steigen – Handlungsspielräume der Kommunen sinken

Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die Einkommensspreizung und -polarisierung sowie die Armut in Deutschland kontinuierlich steigen (DIW 2010). Der Kölner Sozialforscher Butterwegge spricht in diesem Zusammenhang von der „Armut in einem reichen Land“ (Butterwegge 2009). Und auch die OECD konstatiert, dass Deutschland bei der Ungleichheits- und Armutsentwicklung im internationalen Vergleich nicht gut dasteht. Laut OECD hat die Einkommensarmut in Deutschland in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen und die Ungleichverteilung der Einkommen ist in diesem Zeitraum in keinem anderen Land der OECD so deutlich gestiegen wie in Deutschland. Als besonders besorgniserregend wird dabei die Entwicklung der Kinderarmut betrachtet. Und auch bei der Bildungsungleichheit rangiert Deutschland nur im unteren Mittelfeld. Bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland im OECD-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz. Insgesamt liegt Deutschland bei einem aus verschiedenen Faktoren gebildeten Index „Soziale Gerechtigkeit“ nur im Mittelfeld (Bertelsmann-Stiftung 2010). Zur Erinnerung: In den letzten 20 Jahren haben Koalitionen in unterschiedlichen Parteienzusammensetzungen in Deutschland regiert. Keiner dieser Regierungen ist es gelungen, diesen Negativtrend umzudrehen. Allerdings: Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen Land der OECD. Der Anstieg

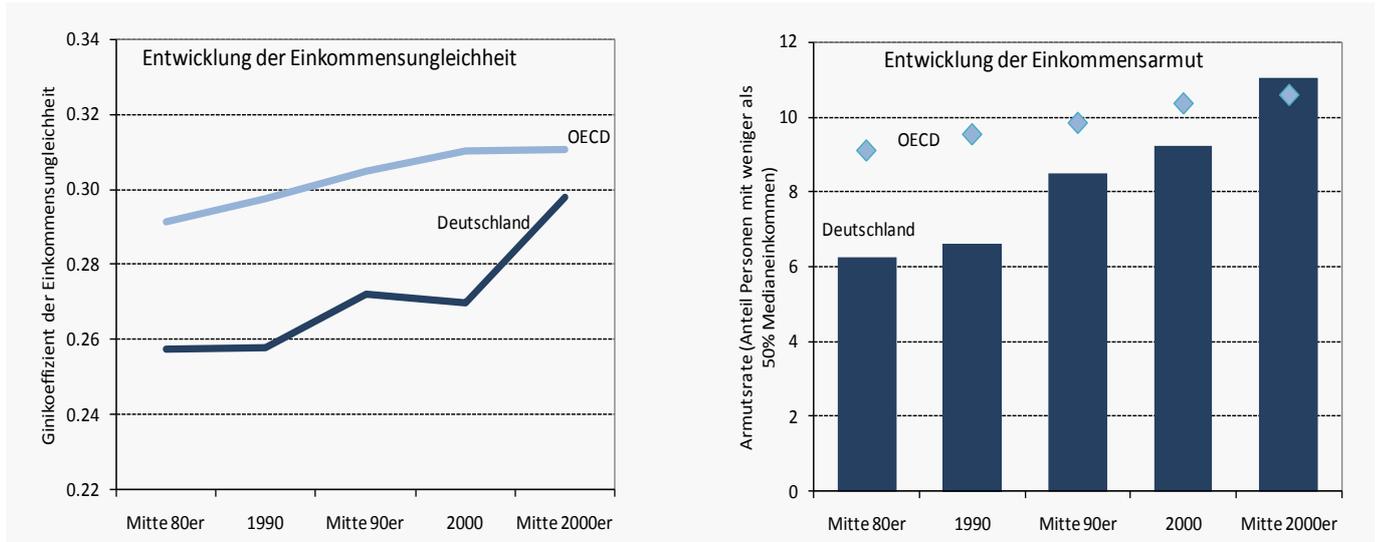


Abb. 1: Einkommensungleichheit und Armut steigen seit dem Jahr 2000 (Quelle: OECD 2008)

zwischen 2000 und 2005 übertraf jenen in den gesamten vorherigen 15 Jahren. (OECD 2008)

Gerade die genannten Faktoren Langzeitarbeitslosigkeit, (Kinder-)Armut, Einkommenspolarisierung und Bildungsungleichheit bilden sich ohne erkennbare Besserung räumlich ab. Aktuelle Untersuchungen bestätigen die wachsende Konzentration und Verfestigung dieser Phänomene in wenigen Quartieren der Städte. Auch wenn es aufgrund der schlechten kleinräumigen Datenlage nur schwer möglich ist, Prozesse der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten im Zeitverlauf abzubilden und auch bestätigt durch städtische Einzelanalysen unterschiedliche stadtstrukturelle Formen und Folgen der sozialen Segregation zu beobachten sind, lassen sich doch deutliche Tendenzen feststellen. Aktuelle Analysen liefern Hinweise für eine Zunahme der sozialen Segregation in den Städten. (BMVBS/BBSR 2009)

Gleichzeitig mit diesen anhaltenden Formen sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit nehmen die Handlungsspielräume der Kommunen ab. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Anstrengungen zur Rettung des Finanzsystems haben zu einer dramatisch gestiegenen Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt, was insbesondere die Kommunen an den Rand der Handlungsfähigkeit bringt. Damit verbundene Sozial- und Ausgabenkürzungen verschärfen die soziale Ungleichheit weiter. Auch wenn sich nach der Steuerschätzung vom Herbst 2010 die Einnahmesituation der kommunalen Haushalte nach der Finanz- und Wirtschaftskrise leicht verbessert hat, bleibt die kommunale Finanzlage dennoch sehr kritisch. Erstmals müssen die Kommunen in Deutschland 2010 mit einem Defizit in Höhe von 11 Mrd. Euro rechnen, dem höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik. Grund dafür sind die stetig steigenden Sozialausgaben in den Kommunen. Brachten die Kommunen dafür vor zehn Jahren noch 26 Mrd. Euro auf, so sind die Kosten 2010 auf 41 Mrd. Euro angestiegen. (Afhüppe 2010)

Dabei verbergen sich hinter der insgesamt sehr kritischen Haushaltslage der Kommunen durchaus sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während in den wirtschaftlich starken Städten insbesondere auch die Gewerbesteuereinnahmen wieder deutlich steigen, verharren die wirtschaftlich schwächeren Städte und Gemeinden in der „Schuldenfalle“ (DStGB 2010). Besonders gravierend ist etwa die Situation in Nordrhein-Westfalen, wo 135 der 427 Kommunen (Städte, Gemeinden, Landkreise) im Rahmen des Haushaltssicherungsgesetzes einer strengen Haushaltskontrolle durch die Kommunalaufsicht unterliegen (Kneier 2010). In diesem Rahmen ist es den Kommunen kaum mehr möglich, über gesetzliche Pflichtaufgaben hinaus eigene Ausgaben zu tätigen. Diese Kommunen können sich auch nicht mehr an Förderprogrammen der übergeordneten staatlichen Ebenen beteiligen, da sie den kommunalen Eigenanteil an diesen Programmen nicht erbringen können bzw. auch nicht dürfen. Diese Städte fallen im interkommunalen Wettbewerb weiter zurück. Eine Lösung ist hier nur noch durch eine grundlegende Beseitigung der Unterfinanzierung dieser Kommunen im Rahmen einer Gemeindefinanzreform möglich.

Integrierte und stadtteilbezogene Konzepte haben sich in Europa etabliert

Spätestens mit der Leipzig-Charta 2007 haben sich integrierte und stadtteilbezogene Ansätze in Europa etabliert. Schon seit den 1980er und den 1990er Jahren haben in einigen europäischen Ländern aufgrund zunehmender kleinräumiger städtischer Problemlagen solche Ansätze Einzug in die Stadtentwicklungspolitik gehalten. Insbesondere die Erfahrungen in Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich dienen auch als Vorbild für die Einführung entsprechender Konzepte der „Sozialen Stadt“ in Deutschland.

In Großbritannien wird seit den 1990er Jahren und verstärkt unter der New-Labour-Regierung der Erneuerung benachtei-



ligter Stadtteile eine hohe Aufmerksamkeit beigemessen. Seit 2001 wird z.B. der Neighbourhood Renewal Fund zur Verbesserung der Lebensqualität in städtischen Problemgebieten eingesetzt. So wurden in England 91 städtische Gebiete vor allem im Bereich Beschäftigung, Gesundheit, Bildung, Sicherheit und sozialer Zusammenhalt mit dem Ziel gefördert, im Rahmen einer langfristigen Strategie den Anschluss an die Gesamtstadt zu finden. Evaluationen zeigen in diesem Zusammenhang anhand von Indikatoren zur Lebensqualität auch Fortschritte in diesen Gebieten, z.B. bei der Kriminalitätsbelastung oder auch bei den Bildungschancen (Department for Work and Pensions 2007). Gleichzeitig kommt es jedoch gesamtgesellschaftlich nicht zu einer relevanten Reduzierung von Armut und sozialer Ungleichheit (Wilkinson/Pickett 2010). Im Gegenteil: Die neue britische Regierung aus Konservativen und Liberalen plant massive Sozialkürzungen und den Abbau des öffentlichen Sektors. Damit sind auch starke Kürzungen bei Programmen gegen Armut und soziale Segregation verbunden. Diese Entwicklungen lassen eine weitere Zunahme der sozialen Ungleichheit und deren sozialräumlichen Folgen erwarten.

Auch in den Niederlanden legt die Politik ein besonderes Augenmerk auf die Aufwertung benachteiligter Stadtteile. Im Jahr 1995 wurde die „Große-Städte-Politik“, ein gesamtstädtischer und integrierter Ansatz, initiiert. Mittlerweile ist dieses Programm in 31 „großen“ Städten der Niederlande angewandt worden. Ziel ist die Schaffung einer „kompletten Stadt“, welche lebenswert für alle Bewohner ist. Dabei beinhaltet der Ansatz physisch-bauliche, soziale und ökonomische Komponenten. Zentral ist vor allem der Ansatz der Wohnmilieudifferenzierung zur sozialen Mischung der Bevölkerung in den Quartieren. Das Programm wurde 2007 um das „40-Stadtteile-Programm“ erweitert, welches zur Aufwertung der am meisten benachteiligten Gebiete in den Niederlanden beitragen soll. Und obwohl gerade die niederländischen Ansätze als besonderes vorbildlich und erfolgreich gelten, verweisen Evaluationen auf durchaus widersprüchliche Wirkungen und Begrenzungen. Sie zeigen, dass die stadtteilbezogenen Ansätze nur einen begrenzten Teil der benachteiligten Bevölkerung erreichen (Wouter/Musterd/Ostendorf 2009) und die verfolgte Strategie zur sozialen Mischung offenbar nicht zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beigetragen hat (Van Kempen/Bolt 2009).

Und auch in Frankreich werden seit drei Jahrzehnten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und städtebaulichen Situation in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren verfolgt. In einer kritischen Würdigung dieser langen und auch durchaus wechselvollen „Politique de la Ville“ in Frankreich kommen Glasze und Weber etwa zu dem Ergebnis, dass die stadtteilbezogenen Ansätze in Frankreich die räumliche Konzentration der sozialen Problemlagen bisher nicht lösen konnten, da sie nur Symptome und nicht die dahinter liegenden sozioökonomischen Ursachen betrachten und bearbeiten. Im Gegenteil behaupten die Autoren, dass die einseitige Konzentration auf

„Problemgebiete“ deren gesellschaftliche Stigmatisierung sogar noch verstärkt hat und den Blick auf die dahinter liegenden gesamtgesellschaftlichen Ursachen verstellen würde. (Glasze/Weber 2010)

Auch wenn Erfahrungen mit stadtteilbezogenen Ansätzen differenziert und jeweils im nationalen Kontext betrachtet werden müssen, zeigt sich doch eine gewisse Grundtendenz. Zwar haben sich integrierte und stadtteilbezogene Handlungsansätze in den meisten Fällen „in und für sich“ durchaus bewährt, ihre Wirkungen und Reichweite sind jedoch eindeutig begrenzt. Ihre Einbettung in umfassende politische Konzepte gegen sozialräumliche Ausgrenzung bzw. soziale Ungleichheit in der Gesellschaft fehlt. Erforderlich wäre daher ein stärkerer Mix aus der Verbesserung der individuellen sozialen Lage und integrierten stadtteilbezogenen Konzepten. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden die bisherigen Erfahrungen und Wirkungen des Programms „Soziale Stadt“ in Deutschland betrachtet werden, um daraus Schlussfolgerungen für eine Weiterentwicklung des Programmansatzes abzuleiten.

Stadtteilbezogene Ansätze alleine sind nicht hinreichend

Zwischenzeitlich liegt ja eine Reihe von Evaluationen zum Programm „Soziale Stadt“ auf den unterschiedlichen Ebenen vor (Zimmer-Hegmann/Sucato 2007). Die Bewertung der bisherigen Wirkungen des Programms ist dabei in hohem Maße von den mit dem Programm verbundenen Zielen und Erwartungen abhängig. Wenn man von der überzogenen Erwartung ausgeht, das Programm könne Armut und soziale Ungleichheit beseitigen bzw. nennenswert abmildern, bleiben die erzielten Ergebnisse natürlich deutlich hinter diesen Erwartungen zurück. Das kann ein aus der Städtebauförderung stammendes und finanziertes Programm mit dem vorhandenen Finanzvolumen nicht leisten. Misst man das Programm allerdings an dem Anspruch, benachteiligte Stadtteile soweit wie möglich zu stabilisieren und aufzuwerten (vgl. § 171e BauGB), also die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Gebieten zu verbessern, treten die Erfolge schon deutlicher zutage.

Insbesondere die vielfältigen städtebaulichen Maßnahmen haben in der Vergangenheit zu einer deutlichen Aufwertung und Attraktivitätssteigerung der Gebiete geführt. Die Städtebauförderung hat hier mit einer breiten Palette an Fördermaßnahmen zu einer Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung in den Stadtteilen beigetragen, die gleichzeitig auch Ausgangspunkt und Voraussetzung für sozial stabilisierende Maßnahmen sind. Mit seinem Anspruch nach Bündelung von Ressourcen konnte das Programm auch erhebliche Mittel außerhalb der Städtebauförderung für die Stadtteile erschließen und insbesondere durch integrierte Projekte deutliche Zeichen setzen. So konnten vielfach wirksame Synergieeffekte erzielt werden.

Auch der Anspruch des Programms, die Kooperation und Vernetzung verschiedenster Akteure im Stadtteil zu fördern



und diese ebenso wie Bewohnerinnen und Bewohner in die Erneuerungsprozesse einzubeziehen, hat zu einer deutlichen Effizienzsteigerung der eingesetzten Ressourcen bzw. auch zu einem zusätzlichen Einsatz von privatem und Humankapital geführt. Gerade die mit dem Programm verbundene strukturelle Verankerung eines integrierten Planungs- und Handlungsansatzes, der auf fachübergreifende Kooperation, Vernetzung und Beteiligung setzt, hat in den Stadtteilen neue Möglichkeitsräume für Innovationen geschaffen. Fallstudien zur Lokalen Ökonomie (Neumann/Schmidt/Trettin 2007) und zur Rolle der Schulen im Stadtteil (Olejniczak/Schaarschmidt 2005) verdeutlichen beispielhaft, dass die in diesen Handlungsfeldern umgesetzten innovativen Projekte und Handlungsansätze sowie gerade auch die dort entstandenen Kooperationsstrukturen ohne das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem integrierten Handlungsanspruch nicht oder nur in eingeschränktem Maße entstanden wären. Das Programm „Soziale Stadt“ kann in dieser Hinsicht als Impulsgeber oder Motor derartiger Innovationen und Veränderungen begriffen werden.

Zu den Erfolgen des Programms gehört ohne Zweifel auch, dass es den gesellschaftspolitischen Blick auf diejenigen Gebiete gelenkt hat, in denen die Verlierer der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Anpassungsprozesse leben. „Soziale Stadt“ ist insofern Ausdruck einer im Grundsatz richtigen kleinräumigen Ausgleichspolitik zugunsten dieser Räume.

Alle mir bekannten Evaluationen und Gutachten kommen daher zu der Schlussfolgerung, dass das Programm „Soziale Stadt“ ein richtiger Programmansatz ist, der fortgeführt werden sollte. Allerdings verweisen die verschiedenen Evaluationen und Gutachten auch auf die Begrenzungen des stadtteilbezogenen Programmansatzes. So ist „Soziale Stadt“ ausdrücklich kein Programm gegen Segregation, dazu reichen die politischen und planerischen Instrumente nicht aus, um grundlegend etwas an der Bevölkerungsstruktur der Gebiete zu verändern. „Soziale Stadt“ kann auch nicht Arbeitslosigkeit und Armut beseitigen, da deren Ursachen gesamtgesellschaftlichen Ursprungs sind. Und: „Soziale Stadt“ ist leider bislang kein kohärenter politischer Ansatz zur Beseitigung von sozialräumlicher Ausgrenzung geworden, sondern auch nach über zehn Jahren ein Sonderprojekt geblieben. In den Fachressorts der Bundesebene und der meisten Länder, die nicht für die Städtebauförderung zuständig sind, findet der integrierte und stadtteilbezogene Ansatz allenfalls am Rande Beachtung. Insofern bleibt der Ansatz der „Sozialen Stadt“ durchaus richtig, bedarf aber der politischen Ausweitung und Weiterentwicklung.

Weiterentwicklung der Sozialen Stadt erforderlich

Mit dem Instrumentarium der Städtebauförderung allein sind die komplexen und tief greifend strukturellen Problemlagen in den benachteiligten städtischen Gebieten nicht zu lösen.

Es bedarf insbesondere einer strukturpolitischen Ergänzung des Ansatzes der „Sozialen Stadt“ vor allem zur Verbesserung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Situation in den Gebieten. Mit der Konzentration der EU-Ziel-2-Förderung auf städtische Problemgebiete ist hier schon ein Weg in die richtige Richtung gewiesen. Vor allem die Konzentration von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktförderung auf die Belange benachteiligter Stadtteile und der dort lebenden Zielgruppen von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen ist erforderlich. Und auch das ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) ist ein richtiger Ansatz, der Gegenstand einer Regelförderung sein sollte.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Städten und insbesondere in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ weiter steigen. Das macht verstärkte Anstrengungen zur spezifischen Ansprache und Förderung von Personen mit Migrationshintergrund erforderlich. Die vielen wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Migrantenökonomie stellen ein wichtiges Potenzial für die benachteiligten Stadtteile dar, das der besonderen Aktivierung und Förderung bedarf. Gerade auch die vielfach schlechten Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund – aber auch vieler deutschstämmiger Kinder aus sozial instabilen Familien – machen in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungssituation notwendig. Letztendlich verlangt dies eine deutlich bessere Personal- und Ressourcenausstattung von Schulen und Bildungseinrichtungen in diesen Gebieten.

Außerdem zeigt sich, dass die Probleme vieler benachteiligter Quartiere und Stadtteile nicht in begrenzten Zeiträumen gelöst werden können, dazu sind die strukturellen Problemlagen häufig zu persistent. Quartiersentwicklung bleibt insofern eine kommunale Daueraufgabe. Der stadtteilbezogene Lösungsansatz ist dabei zwar richtig, aber nicht ausreichend. Soziale Stadtentwicklung sollte daher stärker als gesamtstädtische Aufgabe definiert werden und der sozialraumbezogene Ansatz sollte auch in anderen kommunalen Politikfeldern verankert und eingebettet sein. Das setzt aber die vollumfängliche finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen voraus, was gegenwärtig nicht der Fall ist.

Daraus leiten sich folgende konkrete Forderungen ab:

- Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über die Ursachen und Auswirkungen der sozialen Ungleichheit in unseren Städten. Das im Zusammenhang mit dem Kürzungsbeschluss des Programms „Soziale Stadt“ entstandene „Bündnis für eine Soziale Stadt“ kann dafür eine geeignete Plattform sein.
- Zu dieser Debatte gehört auch, dass die finanziellen Voraussetzungen zur Wiedererlangung kommunaler Handlungsfähigkeit geschaffen werden. Viele Kommunen sind



strukturell unterfinanziert, um ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Daher bedarf es einer Gemeindefinanzreform, die die kommunale Finanzsituation deutlich verbessert.

- Soziale Stadt muss mehr als ein Städtebauförderungsprogramm sein. Auf allen politischen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) bedarf es der wirklichen strategischen Verknüpfung mit den Schlüsselressorts Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Bildung. Hierfür gibt es auf den unterschiedlichen Ebenen schon einige positive Ansätze und Beispiele, die weiterentwickelt und ausgeweitet werden müssen.
- Gesamtgesellschaftlich muss ein solcher richtiger sozialraumbezogener Ansatz durch eine Politik flankiert werden, die Armut und soziale Ungleichheit zurückführt. Wie oben schon ausgeführt, haben in Deutschland Armut und Ungleichheit in den Jahren zwischen 2000 und 2005 besonders stark zugenommen. Damit werden sozialraumbezogene Ansätze in ihrer Wirkung natürlich konterkariert.
- Kurzfristig müssen die Kürzungen des Programms „Soziale Stadt“ rückgängig gemacht werden, insbesondere um die vorhandenen Arbeitsstrukturen nicht zu zerstören. Mittelfristig sind aber durchaus Veränderungen in der Förderstruktur erforderlich, die die oben angesprochenen Politikbereiche stärker zusammenführt, dabei dem inhaltlichen Steuerungsanspruch von Bund und Ländern durchaus gerecht wird, aber den Kommunen vor Ort einen größeren Handlungsspielraum und mehr Flexibilität einräumt.

Ralf Zimmer-Hegmann

Leiter Forschungsfeld Sozialraum Stadt, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund

Quellen:

- DIW-Wochenbericht (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, Berlin, Nr. 24, Juni 2010
- Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt/Main
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011, Gütersloh
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Country Note Germany (in German)
- BMVBS/BBSR (Hrsg.) (2009): Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten, Bonn
- Afhüppe, Sven (2010): Das stille Sterben der Städte. In: Handelsblatt, Nr. 252 vom 29.12.2010
- DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.) (2010): Bilanz 2010 und Ausblick 2011 der deutschen Städte und Gemeinden, Berlin
- Kneier, Gerhard (2010): Städte in Not. In: Rheinische Post, vom 27.12.2010
- Department for Work and Pensions (Hrsg.) (2007): The Working Neighbourhoods Fund, London 2007, S. 6; s. auch Department for Communities and Local Government (Hrsg.): Impacts and Outcomes of the Neighbourhood Renewal Fund, London 2008
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. 2. Auflage, Berlin, S. 268ff.
- Wouter, P.C. van Gent/Musterd, Sako/Ostendorf, Wim J.M. (2009): Bridging the social divide? Reflections on current Dutch neighbourhood policy. In: J Hous and the Built Environ, 24, 24.04.2009, S. 357-368
- Van Kempen, Ronald/Bolt, Gideon (2009): Social cohesion, social mix, and urban policies in the Netherlands. In: J Hous and the Built Environ, 24, 02.09.2009, S. 457-475
- Glazze, Georg/Weber, Florian (2010): Drei Jahrzehnte area-basierte Stadtpolitik in Frankreich: die politique de la ville. Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme mittels raumorientierter Ansätze? In: Raumforschung und Raumordnung, Band 68, Heft 6, Dezember 2010, S. 459-470
- Zimmer-Hegmann, Ralf/Sucato, Evelyn (2007): Evaluation in der Sozialen Stadt – Ein Überblick aus Länderperspektive. In: Zeitschrift für Evaluation. Heft 1/2007, S. 79-107
- Neumann, U./Schmidt, C. M./Trettin, L. (2007): Förderung der Lokalen Ökonomie. Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. RWI Essen
- Olejniczak, C./Schaarschmidt, M. (2005): Schulen im Stadtteil. Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt NRW“. IES-Bericht 108.04. Hannover, Essen